

UNTERLAGE ZUR PRESSEKONFERENZ

Mittwoch, 11.09.2024, 14:00 UHR

**Stadtrat Dr. Michael Raml**

und

**FP-Integrationssprecher GR Zeljko Malesevic, BA MA**

sowie

**Schulsprecher HBLW Landwiedstraße &**

**gf. Obmann FJ Linz Florian Köstenbauer**

informieren zu:

## **Brennpunkt Schule: Radikalem Islam in Schulen entgegentreten!**

**FPÖ beantragt im Gemeinderat Maßnahmenpaket gegen Radikalisierung**

*„Lehrer, Eltern und Schüler schlagen bundesweit Alarm: Immer mehr Schüler leben eine*

*stark islamistische Lebensweise, worunter zahlreiche Schüler, Lehrer und Eltern*

*gleichermaßen leiden. Die Linzer Schulen brauchen dringend ein wirkungsvolles*

*Maßnahmenpaket, welches wieder einen problemfreien Schulbetrieb möglich macht!“*

fordern Sicherheitsstadtrat Dr. Michael Raml, FP-Integrationssprecher GR Zeljko

Malesevic und der Schulsprecher der HBLW Landwiedstraße & gf. FJ-Obmann Florian

Köstenbauer

Ranghohe Elternvertreter und selbst der ehemalige SPÖ Bildungsdirektor für Wien schlagen Alarm: Offenbar geradezu hilflos müssen immer mehr Lehrer an öffentlichen Schulen zusehen, wie sich eine übertrieben islamische Lebensweise negativ auf den Schulbetrieb auswirkt. Lehrkräfte beklagen in zunehmend beunruhigendem Ausmaß, dass sich Mädchen offenbar aus Angst davor gemobbt zu werden, verschleiern und sogar aus vermeintlich religiösen Gründen den Turnunterricht verweigern. Während des Fastenmonats Ramadan – so ist Medienberichten zu entnehmen – sei wegen streng praktizierten Fastens kaum mehr normaler Unterricht möglich, weil viele Kinder schlichtweg unterzuckert und dehydriert sind. Mögen die absoluten Zahlen betreffend die religiösen Bekenntnisse zwischen Linz und Wien variieren, so gibt es auch aus Linz längst zahlreiche Berichte von Eltern, Schülern und Lehrern, die schildern, dass solche Situationen auch bereits an Linzer Schulen anzutreffen sind. Alle diese Schilderungen haben eine gemeinsame Wurzel: Zentrales Problem ist keine soziale Trennlinie zwischen Schülern mit und ohne Migrationshintergrund, sondern zwischen muslimischen und nicht muslimischen Schülern.

### **Soziale Medien und „Talahon-Lifestyle“ als Katalysatoren**

Spätestens seit der Eskalation des Gaza-Konflikts im vergangenen Herbst ist auch in Linz eine verstärkte Zurschaustellung einer islamischen Lebensweise und eines übertriebenen Selbstbewusstseins von Menschen mit vermeintlich islamistischen Tendenzen erkennbar. Namhafte Experten und auch der Österreichische Integrationsfonds (ÖIF) kommen zu dem Erkenntnis, dass die öffentliche Zurschaustellung einer radikal-islamischen Lebensweise wesentlich durch entsprechende Inhalte in sozialen Medien befeuert wird.

Auch die jüngst deutlich wahrnehmbare Präsentation der „Talahons“ als Lifestyle unter Jugendlichen mit muslimisch geprägtem Hintergrund trägt dazu bei, dass zunehmend konfliktfreudig eine islamische Lebensweise in den öffentlichen Raum getragen wird.

Davon betroffen sind nicht nur, aber insbesondere auch Schulen. So erregte erst Anfang des Jahres der Bericht von deutschen Schülern, die aus Angst vor muslimischen Mitschülern zum Islam konvertierten – vor den Augen einer aus Mitschülern gebildeten Scharia-Polizei – europaweit für Aufsehen. Und erst im vergangenen Juni musste der Wiener Bildungsstadtrat und NEOS-Politiker Christoph Wiederkehr öffentlich bekennen, dass religiöse Konflikte an Schulen in Zukunft noch weiter zunehmen würden.

Im Schuljahr 2017/18 zählte man an den Linzer Pflichtschulen noch 4861 Kinder und Jugendliche mit römisch-katholischem Religionsbekenntnis gegenüber 4205 muslimischen Schülern. Sechs Jahre später haben sich die Zahlen völlig gedreht: Auf 4821 Muslime kommen lediglich noch 4150 Katholiken. Die Zahlen zur religiösen Zusammensetzung der Pflichtschüler in Linz können nur diejenigen überraschen, die in den vergangenen Jahren die Augen verschlossen hatten. Die FPÖ hat schon lange auf diese Entwicklungen hingewiesen und forderte in der Vergangenheit und natürlich auch weiterhin konsequente Maßnahmen in der Integrations-, Bildungs- und letztlich auch in der Asylpolitik. Die demographische Entwicklung ist die logische Folge einer Politik, die den Kopf in den Sand steckt und irgendwann feststellen muss, dass die Dinge außer Kontrolle geraten sind.

Der Linzer FP-Chef und Sicherheitsstadtrat Dr. Michael Raml fordert überfällige städtische Maßnahmen: „Was wir heute an den Schulen sehen, das werden wir bald auch in der Gesamtbevölkerung feststellen: Die Balance unserer Gesellschaft ist verloren gegangen – wir gehen sehenden Auges in eine Zukunft, in der unsere Werte und die Stabilität unserer Heimatstadt gefährdet und täglich auf dem Prüfstand stehen werden. Das können wir uns nicht wünschen! Wir brauchen eine völlig neue städtische Integrationsstrategie, die sich den realen Problemen stellt und nicht nur ständig Vielfalt feiert. Wir müssen bei den Jüngsten beginnen, sie rechtzeitig gegen Radikalisierung zu immunisieren. Aufklärung und Kuschelpädagogik sind da aber oftmals schon wirkungslos. Vielmehr muss eine Null-Toleranz-Politik gegenüber dem radikalen Islam gelten.“

**FP-Sicherheitsstadtrat Dr. Michael Raml: „Es ist eine grundsätzliche Aufgabe der Politik, für Balance und Ausgleich in der Bevölkerung zu sorgen. Der unkontrollierte Zuzug von Migranten gefährdet die Stabilität der Gesellschaft, führt zu Ghetto-Bildungen und – wie sich zeigt – zu einer völlig entgleisten Situation in vielen unserer Schulen. Die Leidtragenden daran sind die Kinder. Hier dürfen wir nicht länger wegsehen.“**

## **Schulsprecher der HLBW Landwiedstraße & Gf. Obmann FJ Linz spricht Probleme an**

Florian Köstenbauer ist schon zu zweiten Mal in Folge Schulsprecher der HLBW Landwiedstraße. In dieser Funktion ist er insbesondere Ansprechpartner und Vertrauensperson seiner Schulkollegen. Seit Köstenbauer erstmals diese Funktion eingenommen hat, wenden sich Schüler unterschiedlichen Alters an ihn um Hilfe, oder einfach nur um ihre Sorgen mitzuteilen. Die Bandbreite der Schilderungen ist groß:

- Verstärkt ist eine Verschleierung von Mädchen feststellbar. Das muslimische Kopftuch wird von vielen Schülern als Symbol der Unterdrückung von Frauen wahrgenommen.
- Sowohl Schüler mit als auch Schüler ohne Migrationshintergrund nutzen Gänge und Aufenthaltsräumlichkeiten nicht mehr, da sie Streit mit und aggressives Auftreten von Schülern mit islamischem Hintergrund vermeiden wollen.
- Es werden Handouts und Aufkleber verteilt und Schmierereien entdeckt, die zur Solidarität mit Gaza und den Palästinensern aufrufen. Israel ist für viele offenbar ein Feindbild.
- Es ist eine erkennbare Überforderung von Lehrern aufgrund des herausfordernden Verhaltens und fehlenden Respekts gegenüber den Lehrkräften in den Pausen und auch im Unterricht erkennbar.
- Immer wieder gibt es Polizeieinsätze im direkten Umfeld der Schule aufgrund von Drogen und Gewalt.

**„Ich möchte nichts dramatisieren, sondern eine reale Fehlentwicklung aufzeigen. Ich sehe, was in meiner Schule los ist, und höre auch ähnliche Vorkommnisse aus anderen Schulen. Freunde und Bekannte aus anderen Schulen teilen meine Erlebnisse in großen Teilen. Die Schule sollte eigentlich aufs Leben vorbereiten, nicht aufs Angst haben. Als Schulsprecher möchte ich für meine Schulkollegen ein Schulumfeld haben, in dem man sich auch als Nichtmuslim wohlfühlt, und auf das man stolz sein kann. Das ist immer mehr gefährdet“, zeigt Florian Köstenbauer.**

## **So kann es nicht weitergehen: Es ist höchste Zeit für Gegenmaßnahmen!**

Die FPÖ Linz hat in der Vergangenheit eine Linzer Moscheenstudie sowie eine neue Integrationsstrategie seitens der Stadt Linz gefordert. Beide Vorschläge wurden von der SPÖ ignoriert. Die Linzer FPÖ fordert jetzt erneut eine "schärfere Gangart" gegen Jugendliche mit islamistischen Tendenzen. Linz soll mit der Bildungsdirektion ein Maßnahmenpaket ausarbeiten und eine Vorzeigeregion werden.

**„Wenn die Stadt Linz weiter bewusst die Augen vor realen Problemen verschließt, werden wir schon bald eine Situation an den Linzer Schulen vorfinden, die niemanden mehr kaltlassen kann. Die Linzer Schulen dürfen sich nicht zum Tummelplatz des radikalen Islam entwickeln. Wir werden daher in der nächsten Gemeinderatssitzung einen Antrag an Integrationsreferentin SP-Vizebürgermeisterin Tina Blöchl einbringen. Das städtische Integrationsbüro soll in enger Zusammenarbeit mit der Bildungsdirektion Oberösterreich unverzüglich ein Maßnahmenpaket erarbeiten, auf dessen Basis die Linzer Schulen wirkungsvoll radikal-islamischen Tendenzen entgegenwirken können. Die Lehrkräfte müssen eine wirkungsvolle Handhabe, Vorbereitung und Unterstützung bekommen, damit sie ihrem Lehr- und Erziehungsauftrag vollumfänglich nachkommen können. Lehrer, Schüler und Eltern müssen an unseren Schulen wieder eine Situation vorfinden, die für alle tragbar ist. Schule muss wieder Schule werden!“, so FP-Integrations Sprecher GR Zeljko Malesevic.**

Folgende Punkte soll das Maßnahmenpaket etwa enthalten:

- Vermittlung und Verdeutlichung der österreichischen Kultur und westlichen Werte im Regelunterricht
- Null-Toleranz-Politik: Schnellere Schulverweise zum Schutz anständiger Schüler
- Enger Austausch mit dem Landesamt für Verfassungsschutz und den weiteren Sicherheitsbehörden
- Meldung extremistischer Schüler an Kontaktbeamte

Abschließend weist Malesevic auf die außerordentlich hohe Relevanz des Religionsunterrichtes hin: „Ich bekenne mich klar zum katholischen und konfessionellen Religionsunterricht. Die besondere Verantwortung der Schulaufsicht in diesem Bereich kann gar nicht überschätzt werden. Die Ausbildung islamischer Religionslehrer und auch die

Ausübung des islamischen Religionsunterrichtes muss streng kontrolliert werden. Religionsunterricht muss demokratie- und wertefördernd sein und darf nicht zu einer Desintegration einzelner Gruppen im Land führen. Was wir derzeit erleben, ist eine laufende und eskalierende Radikalisierung von sehr häufig muslimischen Kindern und Jugendlichen, die uns völlig außer Kontrolle gerät. Was an den Schulen und im Bildungssystem insgesamt beginnt, endet immer häufiger im Gerichtssaal, wo wir alle dann Zeugen erschütternder Gewalttaten werden, denen wir kaum etwas entgegenzusetzen haben.“

Die FPÖ wird weiterhin für eine starke und nachhaltige Integrationspolitik kämpfen, die die Interessen der einheimischen Bevölkerung und die Stabilität des Landes in den Mittelpunkt stellt. Es ist höchste Zeit, dass in diesen Bereichen endlich verantwortungsvoll und zukunftsorientiert gehandelt wird.